

Fragen

**für die Fragestunde der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. März 2001**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Carstensen, Peter Harry (Nordstrand)	6, 20	Kopp, Gudrun (F.D.P.)	7, 32
(CDU/CSU)		Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	3, 27
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	8, 9	Lenke, Ina (F.D.P.)	25, 26
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	30, 31	Lotz, Erika (SPD)	35, 36
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	28, 29	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	12, 13
Girisch, Georg (CDU/CSU)	33, 34	Ostrowski, Christine (PDS)	17, 18
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	1, 2	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	10, 11
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	21, 22	Siemann, Werner (CDU/CSU)	14, 15
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	16, 19	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	23, 24
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	4, 5		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Gesellschafteranteile der GMD – Forschungszentrum Informationstechnik (GMD) Anfang April 2001 auf die Fraunhofergesellschaft e. V. (FhG) übertragen werden sollen, und plant die Bundesregierung diesbezüglich gemäß § 65 Abs. 7 Bundeshaushaltsordnung die Einwilligung von Bundestag und Bundesrat einzuholen?
2. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)

Wurden im Zuge der Fusion Verhandlungen zum Interessenausgleich mit den zuständigen Betriebsräten der GMD geführt, und welche arbeitsrechtlichen Gerichtsverfahren sind wegen der Fusion von GMD und FhG anhängig?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Wird die Umsetzung der „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ der Bundesregierung, die in dieser Konzeption besonders den Grundsatz der Professionalisierung der Arbeit betont, durch unabhängige Wissenschaftler evaluiert, um ggf. Abweichungen vom gesetzlichen Auftrag aus § 96 des Bundesvertriebenengesetzes entgegensteuern zu können, und falls nein, wie begründet die Bundesregierung ihren Standpunkt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

4. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)

Welcher Aufschlag auf den Arbeitspreis für Stromlieferung (in Cent pro kWh) wird durch § 11 Abs. 4 des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes erforderlich bzw. welchen Aufschlag hält die Bundesregierung für angemessen?

5. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.)
- Welcher Aufschlag auf den Arbeitspreis für Stromlieferung (in Cent pro kWh) wird durch § 3 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung erforderlich, bzw. welchen Aufschlag hält die Bundesregierung für angemessen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

6. Abgeordneter
Peter Harry Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, den modernen deutschen Schweinemastbetrieb, mit einem 3000er-Stall mit automatischer Fütterung und allen Schikanen zur effizienten Mast sowie einem 30er Schweinestall mit Auslauf, artgerechter Haltung und Fütterung, dessen Tiere für die Ernährung des Landwirtes und seiner Freunde dient, den sie im ersten Kapitel ihrer Vorschläge für eine verbraucherorientierte Neuausrichtung der Agrarpolitik für eine andere Landwirtschaft vorstellt, namentlich zu benennen, damit erfragt werden kann, warum diese Form der geteilten Schweineproduktion auf diesem Betrieb praktiziert wird und was gegen die Qualität der im 3000er-Stall gemästeten Schweine spricht?
7. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung mögliche Klagen auf Staatshaftung im Rahmen der BSE-Krise?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und
Sozialordnung**

8. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit auch Facharbeitern – beispielsweise aus Tschechien – die Möglichkeit einzuräumen, eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für mindestens 1 Jahr statt bisher vierteljährlich zu genehmigen, wenn für Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern keine deutschen Facharbeiter zur Verfügung stehen?

- | | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter
Wolfgang Dehnelt
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung im Vorfeld der EU-Osterweiterung solch einen Schritt eher als Stärkung von Unternehmen in den Grenzregionen oder als Schwächung des Arbeitsmarktes an? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS) | Welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür, dass für den mit dem Gesetz über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter zum 1. Oktober 2000 eingeführten Rechtsanspruch auf „notwendige Arbeitsassistenz“ bis Ende Februar keinerlei Ausführungsbestimmungen seitens der Bundesanstalt für Arbeit bzw. des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vorlagen (wie z. B. im Landesarbeitsamt Sachsen)? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS) | Mit welcher zeitlichen und mit welcher inhaltlichen Orientierung beabsichtigt die Bundesregierung zu gewährleisten, dass der Rechtsanspruch auf „notwendige Arbeitsassistenz“ von Schwerbehinderten ohne Verzögerungen und auf einer gesicherten Rechtsgrundlage wahrgenommen werden kann? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|---|
| 12. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.) | Wie viele Berufsoffiziere und -unteroffiziere haben seit Ende 1999 bis heute monatlich ihre Entlassung auf eigenen Antrag, unterteilt nach Teilstreitkräften, beantragt? |
| 13. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.) | Unternimmt die Bundesregierung Maßnahmen zur Öffnung der Universitäten der Bundeswehr für nichtmilitärische Bewerber, und wie kann die Attraktivität dieser Bildungseinrichtungen insgesamt noch weiter erhöht werden? |
| 14. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, dass die Zusatzkosten für die vom Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, im Rahmen der Feinausplanung entschiedene Aufstockung des Anteils an freiwillig Längerdienenden zusätzliche 60 Mio. DM kosten wird, und falls nein, wie hoch sind die Zusatzkosten? |

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Aus welchen Titeln und Titelgruppen im Kapitel 14 03 des Einzelplans 14 (Bundesministerium der Verteidigung) soll die durch den Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, eingeräumte Deckungslücke in Höhe von 378 Mio. DM bei der Materialerhaltung von Heer, Luftwaffe und Marine im Laufe des Haushaltsvollzuges des Jahres 2001 erwirtschaftet werden? |
| 16. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche konkreten Auswirkungen hat die Bundeswehrreform auf die Reservistenkonzeption der Bundeswehr und die künftige Aufgabenbeschreibung, Struktur und Arbeitsweise des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|---|
| 17. Abgeordnete
Christine
Ostrowski
(PDS) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Summe ein, die durch die Ausgleichregelungen nach § 42 Wohngeldgesetz in diesem Jahr nötig ist, um zu gewährleisten, dass die Wohngeldminderung für Wohngeldempfänger in den neuen Bundesländern nicht mehr als 10 DM pro Monat beträgt? |
| 18. Abgeordnete
Christine
Ostrowski
(PDS) | Wie viele Anträge auf zusätzliche Altschuldenentlastung gemäß § 6a Altschuldenhilfe-Gesetz und der entsprechenden Altschuldenhilfeverordnung wurden von Wohnungsunternehmen der neuen Bundesländer bereits bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau gestellt? |
| 19. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass für den Weiterbau bzw. Lückenschluss der A 6 zwischen Amberg-Ost und Waidhaus – durchgängige Verbindung der europäischen Magistrale Paris–Nürnberg–Prag – von der Europäischen Union zusätzlich 75 Mio. DM gewährt wurden, und wenn ja, welche Auswirkungen hat das auf den geplanten Fertigstellungstermin? |

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordneter
Peter Harry Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU) | Trifft die Information zu, dass bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel eine Entscheidung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Bundesbeteiligung an der dringend notwendigen Ausbaggerung der Bundeswasserstraße „Amrumer Fahrwasser“ vorliegt und diese vor den Bürgern auf den nordfriesischen Inseln und der Öffentlichkeit an der schleswig-holsteinischen Westküste zurückgehalten wird? |
| 21. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Wann rechnet die Bundesregierung damit, dass über den Donauausbau entschieden werden kann? |
| 22. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, alles für eine baldige Entscheidungsmöglichkeit beim Donauausbau zu tun, damit nicht in wenigen Jahren der Verkehr in Ostbayern, insbesondere auch durch die Osterweiterung der EU, auf der Straße und Schiene erstickt? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 23. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Hat sich der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, seit seinen Auskünften in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2001 bei dem von ihm im Rahmen seiner in den 70er Jahren begangenen links-extremistischen Taten verletzten Polizeibeamten zwischenzeitlich persönlich entschuldigt, und wenn ja, wann war dies? |
| 24. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wenn dies noch nicht geschehen ist, beabsichtigt dies der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, noch zu tun und wann? |
| 25. Abgeordnete
Ina Lenke
(F.D.P.) | Welche konkreten Initiativen zur Verbesserung der in vielen Teilen der Welt desolaten Situation der Frauen hat das Auswärtige Amt neben dem vom Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, in seiner Erklärung zum Weltfrauentag am 8. März 2001 erwähnten „Forum Globale Fragen“ durchgeführt? |

26. Abgeordnete
Ina Lenke
(F.D.P.)
- In welcher Weise wurden die Frauenrechte anlässlich der Indienreise des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, im September 2000 thematisiert, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den nach wie vor in weiten Teilen Indiens verbreiteten alltäglichen Misshandlungen von Frauen für die konkrete Umsetzung der von ihr angekündigten Menschenrechtspolitik als zentralem Pfeiler deutscher Außenpolitik?
27. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung gegebenenfalls auch vor dessen Amtsantritt getätigte Äußerungen des jetzigen amerikanischen Präsidenten George W. Bush zur Vertreibungsproblematik und insbesondere zur Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach bekannt, und welche Bedeutung hat vor diesem Hintergrund nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 13. Oktober 1998 (Nr. 562) über die Rückgabe und Entschädigung von durch totalitäre Regimes enteignetes Eigentum für die neue amerikanische Administration?
28. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass am ersten Märzwochenende ein von der „Frankfurter Rundschau“ (Ausgabe vom 5. März 2001) als geheim bezeichnetes Treffen von vier Bundesministern beim Bundeskanzler zu Fragen der Grundlinien deutscher Außenpolitik stattgefunden hat?
29. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Welche zentralen Fragen der Außenpolitik wurden dabei erörtert, und mit welchem Ergebnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

30. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die Zahl der Todesopfer durch rechts-extreme Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen zehn Jahren, und wie erklärt sich die Bundesregierung, dass die diesbezüglichen fachlichen Erkenntnisse und die Angaben in der öffentlichen Diskussion sehr weit, nämlich zwischen 36 und 93 Fällen divergieren?

- | | |
|---|---|
| 31. Abgeordneter
Albrecht
Feibel
(CDU/CSU) | Auf welche Datenbasis stützt sich das entsprechende Zahlenmaterial? |
| 32. Abgeordnete
Gudrun
Kopp
(F.D.P.) | Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund des im Dezember 2000 beschlossenen Gesetzes zur Bekämpfung gefährlicher Hunde, in dessen Zusammenhang die in Artikel 13 des Grundgesetzes festgeschriebene Unverletzlichkeit der Wohnung klar eingeschränkt wurde, aus dem neuesten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das künftig Durchsuchungen bei „Gefahr im Verzug“ ohne richterliche Anordnung erschwert? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|---|---|
| 33. Abgeordneter
Georg
Girisch
(CDU/CSU) | Wie will die Bundesregierung bei der geplanten Neustrukturierung des Zolls beim Grenzaufwachtsdienst mittels der Mobilen Kontrollgruppen eine Zunahme von illegaler Einwanderung, des Mädchenhandels, des Schmuggels, des Drogenhandels, des Handels mit gefälschten Markenwaren und anderen einfuhrverbotenen Waren verhindern, wenn sie beispielsweise im Bereich Waldsassen, der gegenüber einem Verbrechenschwerpunkt wie Eger (Cheb) liegt, auf einer Grenzlänge von 80 km, also zwischen den Grenzaufsichtsstellen Selb und Waidhaus keine weitere Grenzaufsichtsstelle einrichtet? |
| 34. Abgeordneter
Georg
Girisch
(CDU/CSU) | Wie lautet die Position der Bundesregierung für diese und ähnliche Regionen zu Vorschlägen, den sich abzeichnenden Kontrolldefiziten dadurch zu begegnen, dass eine Grenzaufsichtsstelle mit der Stärke von 2 Arbeitskräften des gehobenen und 24 des mittleren Dienstes an zwei Standorten, z. B. im angesprochenen Raum in Selb und Waldsassen, unter einer Leitung geschaffen und dadurch nicht nur fachlichen Gesichtspunkten, sondern auch der beabsichtigten Haushaltskonsolidierung durch Verringerung unnötiger großer Wegstrecken und das Ausnutzen bereits vorhandener Liegenschaften Rechnung getragen wird? |

35. Abgeordnete
**Erika
Lotz**
(SPD)

Ist es richtig, dass das Zollamt Wetzlar im Rahmen der Neustrukturierung der Bundesfinanzverwaltung erhalten bleibt?

36. Abgeordnete
**Erika
Lotz**
(SPD)

Wie weit sind die Überlegungen gediehen, das Zollamt Wetzlar wegen seiner immensen Im- und Exportumsätze zu einem leistungsstarken Zollamt auszubauen und aufgrund des sich daraus ergebenden Arbeitsaufkommens das Zollamt Wetzlar personell zu verstärken?

